



AG Schule

QuereinsteigerInnen im Berliner Schuldienst müssen umfassend vorbereitet und begleitet werden

Antrag 74/I/2014

Beschluss

Annahme

AG SchuleAfB Berlin

AG Schule

Der Landesparteitag möge beschließen:

QuereinsteigerInnen im Berliner Schuldienst müssen umfassend vorbereitet und begleitet werden

Wir fordern die sozialdemokratischen MandatsträgerInnen im Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat auf, folgende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung von QuereinsteigerInnen in den Lehrberuf einzuführen:

- Bei der Auswahl der QuereinsteigerInnen für den Berliner Schuldienst muss es eine Eignungsprüfung geben, der sich ein umfassender Vorbereitungslehrgang anschließt.
- In dem Vorbereitungslehrgang erwerben geeignete QuereinsteigerInnen grundlegende didaktische und pädagogische sowie kommunikative und soziale Kompetenzen, die es ermöglichen, Unterricht erfolgreich zu planen und gestalten. Die notwendigen Qualifizierungskapazitäten und -strukturen sind umgehend zu schaffen.
- Um dem absehbaren Lehrkräftemangel besonders an Schulen in schwieriger Lage bedarfsgerecht zu begegnen, erhalten für diese Aufgabe geeignete QuereinsteigerInnen zusätzliche vorbereitende und begleitende Qualifizierungsmaßnahmen.
- Weiterhin muss die Unterrichtsverpflichtung der QuereinsteigerInnen in der berufsbegleitenden 2. Phase verringert werden. Dafür ist die Ausbildung als verstärktes Coaching im Prozess weiterzuentwickeln. Eine verpflichtende Berufseingangsphase über einen angemessenen Zeitraum unterstützt und stabilisiert den Professionalisierungsprozess.

Zudem müssen drei Ziele verfolgt werden:

- Die Zahl der AbsolventInnen und Absolventen eines Lehramtsstudiums an den Berliner Universitäten muss deutlich angehoben werden, insbesondere in den stark gesuchten Fachrichtungen.
- Der Lehrerberuf an Berliner Sekundarschulen muss langfristig attraktiver gestaltet werden, damit von vornherein kein Mangel entsteht.
- Es sind Anreize für zukünftige Lehrkräfte, die für Schulen in schwierigen Lagen gewonnen werden sollen, zu schaffen.

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Der Antrag wird durch Verwaltungshandeln und begleitende Kontrolle der Fraktion umgesetzt.